

damit sein nationalstaatliches Schreckpotential für Ost und West. Durch *bundesstaatliche Auflockerung* könnte auch in den westeuropäischen Ländern ein stärkerer Druck zu Regionalisierung entstehen, der dafür sorgt, daß sich in diesen Ländern auch die Minderheiten entfalten können, ohne daß sie um ihren Bestand als „Nation“ fürchten müssen.

Natürlich gilt es zwischen Idee, Theorie und Praktikabilität gründlich zu unterscheiden. Der Weg vom Modell zur Realität ist weit. Aber ohne ein neues, an Gesamteuropa orientiertes europäisches Modell kommt Europa nicht voran. Es wäre gelacht, wenn die *Völker der bisherigen Sowjetunion* unter dem Zwang der Verhältnisse und trotz all ihrer Gegensätzlichkeiten noch früher zu einem tragbaren Gemeinschaftsmodell unterschiedlicher Stufungen fänden als die „freien“ Mittel-, Süd- und Westeuropäer. *se*

Defensiv

Gewalt gegen Ausländer und ein Asylstreit ohne Ende

Es ist ebenso erstaunlich wie beängstigend zu sehen, wie gleichgültig alles in allem die bundesdeutsche Gesellschaft sich gegenüber der beispiellosen Welle von Gewalt gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte hierzulande verhält. Tagelang reißt die Kette der Anschläge nicht ab. Die abendliche Tagesschau ist gar nicht mehr in der Lage, jeden Vorfall einzeln per Bild zu dokumentieren, obwohl unter normalen Verhältnissen viele davon eine Erwähnung an vorderster Stelle im Nachrichtenüberblick verdient hätten. Städtenamen werden nur mehr verlesen, die das eigentlich zu Berichtende merkwürdig verschleiern, anstatt darüber zu informieren.

Nicht als ob nun gerade große Teile der deutschen Bevölkerung hüben wie drüben zu Steinewerfern und pöbelnden Horden geworden wären. So schlimm die einzelnen Vorfälle für sich genommen schon sind – das

eigentlich Beängstigende an der Lage ist das seltsame allgemeine Klima im Zusammenhang mit all dem, was mit Ausländern, Asylanten, Asylbewerbern und Einwanderern gegenwärtig *mehr empfunden* als wirklich *gedacht* wird. Die Vorfälle wären anders zu gewichten, wenn da nicht die verbreitete Meinung wäre, daß das Boot auf jeden Fall bis zum Überlaufen gefüllt sei. Es bedurfte nicht erst der Ergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, die sich für eine Hochrechnung auf die Verhältnisse in ganz Deutschland bekanntermaßen nur begrenzt eignen, um zu ermessen: Hier tickt eine Zeitbombe für den sozialen Frieden in Deutschland.

Die Neigung von Politikern und Parteien, jede positive Entwicklung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sich als Verdienste zuzurechnen, ist ebenso fragwürdig wie die entgegengesetzte Versuchung, ihnen alles Negative anzudichten. Dennoch kommt man kaum umhin, im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylantenfrage *politische Versäumnisse* in Bund wie Ländern anzumahnen. Wie immer nach dem Allparteiengespräch beim Bundeskanzler und nach der Konferenz der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern die Entwicklung in der Asylfrage weitergeht – der Prinzipienstreit der letzten Jahre um Grundgesetzänderungen *hat wertvolle Zeit verstreichen lassen*. Anstatt zu tun, was unterhalb einer Grundgesetzänderung möglich war und ist, schoben sich die Parteien den Schwarzen Peter gegenseitig zu, während die Problemlage immer belastendere Ausmaße annahm.

Die politischen Versäumnisse sind jedoch noch weitreichender: Die Beschränkung der öffentlichen Debatte auf die Frage, wie der unlegbare Mißbrauch des Asylrechts möglichst umgehend abgestellt werden könne, hat für eine Problembewältigung an sich zu wenig langfristige tragfähige Perspektiven eröffnet. Das Thema wurde *zu defensiv* angegangen – und der Bevölkerung blieb so die Möglichkeit versagt, sich nach und nach auf die wirklichen Dimensionen des Problems einzustellen. Selbst

wenn es gelänge, das Asyl nach Artikel 16 Grundgesetz vor Mißbrauch zu schützen, um es auf diese Weise für diejenigen wirkungsvoll zu erhalten, für die es gedacht ist, gelöst wäre damit wenig. Die Hoffnung, daß sich dadurch die weltweiten *Flüchtlingsströme* nachhaltig an Deutschland vorbeilenken ließen, ist unrealistisch. Auch der Hinweis darauf, man müsse die Ursachen der weltweiten Flüchtlingswelle bekämpfen, um so Wohlstand und soziale Sicherheit zu den Menschen und nicht die Menschen zu Wohlstand und Sicherheit kommen zu lassen, ist ebenso richtig, wie mit ihm herzlich wenig unmittelbar politisch geholfen ist. Selbst wenn es eines Tages gelänge, hier zu nachhaltigen Fortschritten zu kommen. Die Flüchtlingsströme heute und morgen lassen sich vorderhand kaum abstellen.

Wie immer die konkreten rechtlichen Regelungen für Asyl und Einwanderung in Deutschland aussehen, die deutsche Politik weckt im Grunde immer noch den Eindruck, als sei die Bundesrepublik eben nicht – ähnlich wie die Länder Mitteleuropas rundum auch – „faktisch ein Zuwanderungsland“, wie es jetzt erst wieder die kirchlichen Hilfswerke *Adveniat, Caritas, Misereor* und *Missio* in einer gemeinsamen Erklärung äußerten. Auf die Industriestaaten des Nordens warten Einwanderer aus den verschiedensten Teilen der südlichen Hemisphäre – im übrigen war es historisch nie anders, als daß die Menschen dorthin gezogen sind, wo ihnen aus ihrer momentanen aussichtslosen Lage heraus verheißungsvolle oder doch zumindest etwas bessere Lebensbedingungen winkten. Die Hoffnung, dies könnte angesichts des eklatanten Wohlstandsgefälles heute anders sein, erscheint wirklichkeitsfremd.

Den Zielländern Mitteleuropas bleibt nur der Versuch, die Ströme von Armutsfüchtlingen, soweit wie dies überhaupt nur möglich ist, auf eine humane und für alle Beteiligten erträgliche Weise zu kanalisieren. Dazu aber bräuchte man auch in Deutschland Ansätze zu einer kontrollierten Zuwandererpolitik, um die man sich aber weiterhin herumdrückt. *nt*